Bayern – sozial und solidarisch

Programm zu den
Bezirkstagswahlen 2013

DIE LINKE.

Bezirkstage

Inhalt:

Präambel 2
Pflege 3
Behindertenpolitik 4
Psychosoziale Versorgung/Psychiatriepolitik 5
Drogen- und Suchtpolitik 7
Kultur- und Heimatpflege 9
Auf den Punkt gebracht 9

Präambel

Durch Hartz IV und die massiven Einschnitte im Sozial- und Gesundheitswesen kommt den Bezirken als dritter kommunaler Ebene eine immer höhere Bedeutung zu. Der Bezirkstag ist bekannt als „Sozialparlament“, das in wesentlichen Bereichen der Grundvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger tätig wird.

Vieles, was auf Bundesebene an sogenannten Reformen beschlossen wird, hat unmittelbare Auswirkungen auf die Länder und Kommunen. Schlechte Arbeitsbedingungen, Hungerlöhne, mangelnde Bildung und steigende Armut machen die Menschen körperlich und psychisch krank und verkürzen ihre Lebenserwartung.
Für DIE LINKE sind Menschenwürde, Selbstbestimmung und Solidarität wesentliche Inhalte der Politik.

DIE LINKE tritt u.a. für die Abschaffung von Hartz IV und die Einführung eines Mindestlohns ein. Sie wehrt sich gegen Privatisierung und Steuergeschenke an Reiche. Die Politik der unsozialen Umverteilung von unten nach oben trifft vor allem die Länder und Kommunen. Diesen fehlt das nötige Geld, um ihren Bürgerinnen und Bürgern ein Leben in Würde und Selbstbestimmung zu ermöglichen.
Der Bezirk als überörtlicher Träger der Sozialhilfe für alte, kranke und behinderte Menschen muss mit den nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden.
Die Bezirksrätinnen und -räte der Partei DIE LINKE sprechen sich angesichts der von den etablierten Parteien verursachten Krise der kommunalen Finanzen gegen jegliche Kürzungen im Sozialbereich in den bayerischen Bezirkshaushalten aus. Angesichts der verfehlten Finanzmarkt- und Bankenpolitik und den milliardenschweren Rettungsschirmen für ein marodes Bankensystem stehen wir konsequent gegen jeden willkürlich vorgenommenen Kürzungsvorschlag.

Pflege

Katastrophale Folgen hat die aktuelle Politik in der Pflege. Hier muss der Bezirk die Differenzbeträge übernehmen, wenn pflegebedürftige Menschen die Kosten für einen Platz im Pflegeheim oder im Hospiz trotz Pflegeversicherung nicht selbst aufbringen können. Traurige Realität in vielen Pflegeheimen ist, dass wegen fehlendem oder schlecht ausgebildetem Personal keine ausreichende Versorgung erfolgt. Persönliche Zuwendung findet kaum oder gar nicht statt. Viele Patientinnen und Patienten bekommen oftmals nicht genug zu essen oder zu trinken oder liegen sich wund. Die Nachtschichten sind häufig chronisch unterbesetzt. Zwei Nachtdienst-Pflegerinnen und -pfleger auf 120 Schwerstpflegebedürftige werden immer mehr zur Regel. Unangekündigte Kontrollen erfolgen kaum.

Über die Qualität, die Ausbildung und Dichte des Personals sowie die fachärztliche Betreuung der einzelnen Heime erfahren die Angehörigen meistens nichts.
Durch die mangelnden Kontrollen in den Pflegeheimen werden Missstände zu spät aufgedeckt. Oft erfahren die Heimaufsichten erst auf Nachfrage der Angehörigen von den katastrophalen Zuständen. Um für Pflegebedürftige eine menschenwürdige Pflege und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleisten zu können, ist eine bedeutend bessere Personalausstattung erforderlich. Die Pflegeberufe müssen von der Politik gesellschaftlich und finanziell aufgewertet werden. Angesichts der fünf Milliarden Euro Rücklagen in den Pflegekassen wäre eine bessere personelle Ausstattung in der Pflege jederzeit möglich.

DIE LINKE fordert:

- Qualitätskontrollen, Stärkung der Heimaufsicht
- Erhöhung des Fachpersonalschlüssels
- Pflegeschülerinnen und -schüler nicht dazu zu benutzen, mangelndes Fachpersonal zu ersetzen. Die Qualität der Ausbildung muss sichergestellt werden.
- Finanzielle Anreize zur Ausbildung und umgehende Erhöhung der Ausbildungsvergütung
- Einhaltung der Tarifverträge
- Sicherstellung von fachärztlicher Betreuung
- Keine Bevorzugung von Privatpatientinnen und -patienten

Behindertenpolitik

Gelungene Inklusion ist, wenn jeder Mensch mit all seinen Besonderheiten von der Gesellschaft akzeptiert wird.

Inklusion bedeutet kein Neben-, sondern ein Miteinander. Gemeinsames Lernen, Arbeiten, Wohnen und ein Leben ohne Barrieren ist keine Selbstverständlichkeit in Deutschland. Ziel linker Bezirkstagspolitik ist, dass alle Menschen gleichberechtigt am Leben teilnehmen können – mit oder ohne Handicap. Der Ausgleich von alltäglichen, behinderungsbedingten Erschwernissen und die Umsetzung der Inklusion sind öffentliche Aufgaben und keine Privatsache. Wir unterstützen die Forderung der Sozialverbände und Selbsthilfegruppen nach mehr Selbstbestimmung, Eigenverantwortlichkeit und stärkerer Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Betroffenen.

Der Bezirk ist für die Umsetzung von Inklusion zuständig. Das fängt bei der Frühförderung und Schulbegleitung an und hört auch nach Beendigung der Erwerbstätigkeit eines Menschen mit Handicap nicht auf.

Leider kommen die Bezirke diesen Aufgaben nur sehr zögerlich nach und legen aktuell, z.B. in Sachen Schulbegleitung, den Betroffenen Steine in den Weg. Das Thema Inklusion wird dazu benutzt, notwendige Investitionen für bauliche Maßnahmen oder Personalaufstockung in speziellen Fördereinrichtungen aufzuschieben, mit der Begründung einer noch ausstehenden Sozialraumplanung. Die Kommunen werden mit der Finanzierung der Inklusion von Bund und Land im Stich gelassen. Die Angebote der Eingliederungshilfe sind unzureichend. Vor allem die Hilfen und Angebote für behinderte Seniorinnen und Senioren sind auszubauen.

Die wohnortnahe, interdisziplinäre Frühförderung für behinderte und von Behinderung bedrohten Kindern ist auszubauen. Die Schaffung integrativer Kindergärtenplätze und Schulen ist zu fördern. Wir wollen eine „Schule für alle“. Die Einschulung behinderter Kinder in der Regelschule muss selbstverständlich werden. Hierzu sind die notwendigen personellen und baulichen Voraussetzungen zu schaffen. Die Funktion von Werkstätten für behinderte Menschen ist im Zuge der Inklusion zu hinterfragen. Ziel der Politik muss es sein, möglichst viele Beschäftigte in den Ersten Arbeitsmarkt oder in alternative Beschäftigungsformen zu integrieren. Ein weiterer Ausbau von Werkstattplätzen für Menschen mit Handicap ist daher abzulehnen.

Stattdessen soll den Betroffenen durch Kooperationsverträge mit der freien Wirtschaft ein Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht werden.

Wir erwarten, dass der Bezirk sich dafür einsetzt, dass alternative Leistungsanbieter unterstützt werden und der Wechsel von der Werkstatt in eine andere Beschäftigungsart wesentlich erleichtert wird. Die immer noch bestehenden Hürden für alternative Leistungsanbieter zu Werkstätten für behinderte Menschen sind abzuschaffen.

DIE LINKE fordert:

- Die Debatte um Inklusion verstärkt in die breite Öffentlichkeit zu tragen und eine gesellschaftliche Diskussion anzustoßen.
- Barrieren abzuschaffen, die Menschen an der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben behindern.
- Die Kommunen finanziell so auszustatten, dass Inklusion ermöglicht werden kann. Inklusion darf kein Lippenbekenntnis bleiben.
- Gemeindenahe, ambulante, inkludierte Wohnformen zu fördern und stationären Heimaufenthalten vorzuziehen.
- Verbesserung der Personalausstattung in sämtlichen Einrichtungen der Behindertenhilfe
- Tarifsteigerungen in voller Höhe bei den Entgeltverhandlungen der Einrichtungsträger zu berücksichtigen.

Psychosoziale Versorgung/Psychiatriepolitik

Zunehmende soziale Kälte, Leistungsdruck am Arbeitsplatz, unzumutbare Arbeitsverhältnisse und unkalkulierbare Existenzängste führen in Deutschland zu einem drastischen Anstieg psychischer und seelischer Erkrankungen. Keine/r von uns ist vor einer seelischen oder psychiatrischen Krisensituation gefeit. Die bayerischen Bezirke unterhalten eine große Zahl von Psychiatrischen Krankenhäusern und sind für die Finanzierung der psychosozialen Netze zuständig. Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist die Anzahl der stationären Unterbringung in Bayern am höchsten. Zwangseinweisungen und Zwangsmedikation sind an der Tagesordnung. Dies führt dazu, dass in vielen akutpsychiatrischen Einrichtungen unzumutbare Zustände herrschen. Mangelnde personelle Ausstattung, Überbelegungen und

räumliche Enge sind die Folge. Oftmals ist eine adäquate Versorgung von psychisch kranken Menschen unter diesen Bedingungen nicht möglich. Die Arbeitsbedingungen für das Personal sind unzumutbar. Eine Stärkung der ambulanten Krisendienste und die Hinzuziehung von psychiatrischen Fachkräften bei der Krisenintervention könnten helfen, viele Einweisungen zu verhindern.

DIE LINKE steht für eine Stärkung der Rechte für Patientinnen und Patienten sowie eine Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Dringend notwendig ist die Neuregelung des Psychisch-Kranken-Gesetzes (PsychKG). Zwangseinweisungen und -behandlungen müssen die Ausnahme sein.

Psychiatrische Versorgung muss in Bayern in öffentlicher Hand bleiben und darf keinen Profitinteressen privater Anbieter geopfert werden. DIE LINKE steht gegen Ausgliederungen, Umwandlung der Kliniken in Tendenzbetriebe mit Haustarifvertrag und allen Privatisierungsversuchen. DIE LINKE steht in diesem Zusammenhang fest an der Seite der Krankenhausbeschäftigten. Wir sind davon überzeugt, dass das Wohl der Patientinnen und Patienten nicht vom Wohl der Beschäftigten zu trennen ist. Ferner fordert DIE LINKE einen Ausbau der ambulanten Versorgung. In vielen ländlichen Bereichen besteht eine drastische Unterversorgung an ambulanten Hilfsangeboten. Auch dies führt zu einer unnötigen, vermehrten heimatfernen stationären Unterbringung.

In der Kinder- und Jugendpsychiatrie gibt es nach wie vor zu lange Wartezeiten. Durch Arbeitslosigkeit und Hartz IV gibt es eine deutliche Zunahme an Familien, Kindern und Jugendlichen in psychischer und materieller Not, die nicht angemessen versorgt werden können. Dringend notwendig ist der Einsatz von Kriseninterventionsteams mit ausgebildeten Fachkräften, die bei psychischen Krisen schnell und unbürokratisch Hilfe leisten.

Häufig vergessen wird die besondere Situation bei psychisch kranken Migrantinnen und Migranten. Für sie muss eine psychiatrische Betreuung in ihrer Muttersprache angeboten werden. Auch die Dolmetscherdienste für muttersprachliche Informationen über Hilfsangebote müssen dringend ausgebaut werden. Gerade bei Flüchtlingen, die oft traumatisiert sind, ist dies zwingend erforderlich und für DIE LINKE ein einzufordernde Menschenrecht.

DIE LINKE fordert:

- Umfassende, dezentrale ambulante Versorgung psychisch kranker Menschen

- flächendeckenden Ausbau ambulanter Netze und psychosozialer Betreuung
- Ausbau ambulanter Krisendienste um stationäre Aufenthalte zu vermeiden (SPDI).
- Ausbau der gerontopsychiatrischen Dienste
- Dezentralisierung und flächendeckende Rehabilitationseinrichtungen für psychisch kranke Jugendliche
- Neuregelung des PsychKG (Psychisch-Kranken-Gesetz)
- Zwangseinweisung und Zwangsmedikation müssen die absolute Ausnahme sein, die Voraussetzungen hierfür sind im PsychKG zu regeln, jeder Einzelfall ist genau zu prüfen.
- Nein zu Fallpauschalen in der Psychiatrie
- Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen der Krankenhäuser
- Rücknahme der Ausgliederung und Teilprivatisierung der psychiatrischen Kliniken und Einrichtungen, der psychiatrische Versorgungsauftrag muss in öffentlicher Hand bleiben.
- Anhebung des Personalschlüssels
- Tariftreue in sämtlichen Bezirkskliniken
- Unabhängige Kontroll- und Beschwerdestellen für Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie
- Einstellung von speziell geschultem Fachpersonal für die Betreuung von Migrantinnen und Migranten

Drogen- und Suchtpolitik

Die Unterscheidung zwischen legalen und illegalen Drogen folgt keinem nachvollziehbaren Prinzip, sondern ist zufällig und willkürlich. Erfahrungen zeigen, dass staatliche Verbote nicht vom Drogenkonsum abhalten. DIE LINKE setzt auf eine akzeptierende Drogenpolitik, bei der nicht ausschließlich die Entwöhnung der Süchtigen im Vordergrund steht, sondern die Verbesserung ihrer Lebenssituation bei gleichzeitiger Akzeptanz des Drogenkonsums. Dieser Ansatz resultiert auch aus der Erfahrung des Misserfolges von Zwangstherapien und dem Elend der Kriminalisierungsspirale. Beschaffungskriminalität, (Zwangs-)Prostitution, Gefängnis, Ansteckung mit Hepatitis oder HIV sind Teil dieser Spirale.

Linke Drogenpolitik hat zum Ziel, Präventions- und Informationsangebote, sowie akzeptanzorientierte und niederschwellige therapeuti-

sche Hilfen auszubauen. Eine enge Verbindung von Suchtprävention, ausstiegsorientierten Hilfen, Drogensubstitution und Gesundheitshilfen für Drogenkranke sind dringend erforderlich.

DIE LINKE setzt sich für die Einrichtung von Drogenkonsumräumen ein. Experten, Wohlfahrtsverbände sowie Betroffene sind sich einig, dass Drogenkonsumräume das Leiden mindern und das Sterben verhindern können. Die Erfahrungen aus anderen Bundesländern und eine wissenschaftliche Studie aus dem konservativ regierten Frankfurt haben positive Erfahrungen mit den Drogenkonsumräumen aufgezeigt. Die Ansteckung mit Hepatitis C und AIDS sind deutlich gesunken, sauberes Spritzbesteck und Impfungen werden angeboten, Therapieplätze können vermittelt werden. Die Notfallversorgung des geschulten Personals rettet viele Menschen vor dem sicheren Tod. Drogenkonsumräume senken die Zahl der Rauschgifttoten, erleichtern den Abhängigen den Zugang zu spezialisierten Angeboten der Suchthilfe und sind in Bayern längst überfällig!

Sucht und Abhängigkeit sind kein Verbrechen. Polizeiliche Sanktionen und Strafverfolgung von Suchtkranken anstelle angemessener Therapieangebote lehnen wir ab.

DIE LINKE fordert:

- Änderung des Betäubungsmittelrechts im Sinne einer deutlichen Liberalisierung
- Entkriminalisierung von Konsumentinnen und Konsumenten illegalisierter Rauschmittel
- Ausbau und Förderung von Suchtberatungsstellen, Förderung der Prävention
- Flächendeckender Ausbau von ambulanten Angeboten, Wohngemeinschaften, Therapieeinrichtungen, Präventionszentren und Entzugsplätzen
- Sicherung und Schaffung von niedrigschwelligen Angeboten wie Gesundheitsräumen für Drogenkonsumentinnen und -konsumenten Substitution
- Schaffung von Drogenkonsumräumen
- Psychologisch-medizinisch betreute Vergabe von Heroin an schwerst Drogenabhängige
- Ermöglichung von Drugchecking als aktiven Gesundheitsschutz für Konsumentinnen und Konsumenten

Kultur- und Heimatpflege

Die bayrischen Bezirke unterstützen eine Vielfalt an Museen, Sammlungen und Ausstellungen. Gemeinsam ist allen die besondere Bedeutung für Bayerns Geschichte. Die Aufgaben reichen von der Denkmalpflege, über Trachteninformationszentren bis hin zur Volksmusik. In vielen Archiven wird Volksmusik, Volkslied und Volkstanz gesammelt. Bedeutend ist auch die Landschaftspflege. Ziel es ist, die Natur zu erhalten, zu pflegen und zu gestalten. Die Bezirke fördern Kultur, Theater- und Konzertveranstaltungen. Es gibt auch regelmäßige Ausstellungen, auch zum Thema „Inklusive Kultur“. Im Mittelpunkt der inklusiven Kunstprojekte steht dabei die gemeinsame Arbeit von (jungen) Künstlerinnen und Künstlern, Kunsttherapeutinnen und -therapeuten und Menschen mit und ohne Behinderungen.

Auf den Punkt gebracht

Ziel linker Politik im Bezirkstag ist es, die bestehenden Verhältnisse in den Einrichtungen des Bezirks grundlegend zu ändern, Missstände aufzudecken, Politik mit und für alle Bürgerinnen und Bürger zu machen und den Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde und ohne finanzielle Not zu ermöglichen.

Aus diesem Grund lehnt die Partei DIE LINKE jede Form von Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ab. Die bereits erfolgte Teilprivatisierung der bezirkseigenen Kliniken und Einrichtungen hat Outsourcing, Lohnkürzungen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Stellenabbau zur Folge. Die Gründung von Nebenbetrieben zum Zweck des Lohndumpings muss beendet werden. Wir treten dafür ein, dass ausgelagerte Bereiche umgehend wieder in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt und bereits privatisierte Betriebe umgehend rekommunalisiert werden.

Uns ist wichtig, dass die Arbeit der Beschäftigten in der Altenpflege, in den Krankenhäusern und in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung gewürdigt wird. Hierzu gehört eine faire Bezahlung und gute Arbeitsvertragsbedingungen. Deshalb treten wir dafür ein,

dass die Bezirke tarifliche Arbeitsbedingungen als Qualitätsmerkmal beim Abschluss von Leistungsvereinbarungen voraussetzen und die Finanzierung sicherstellen.

Die Arbeit in der Altenpflege, in den Krankenhäusern und in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung muss menschengerecht gestaltet werden. Arbeit darf nicht krank machen. Deshalb treten wir dafür ein, dass die nachgewiesenen Kosten für den gesetzlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz zu 100 % von den Bezirken refinanziert werden.

Die Mitbestimmung von Heimbeiräten und Arbeitnehmervertretungen sehen wir als Selbstverständlichkeit in einer Demokratie. Wir setzen wir uns dafür ein, dass die nachgewiesenen Aufwendungen für die gesetzliche Arbeit von Heimbeiräten, Personal- und Mitarbeitervertretungen sowie Betriebsräten zu 100 % von den Bezirken refinanziert werden.

Wir wollen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger jederzeit über die Themen, die im Bezirkstag beraten und beschlossen werden, umfassend informieren können.
Wir treten deshalb dafür ein, dass Sitzungsunterlagen, Protokolle und Beschlüsse von öffentlichen Sitzungen im Internet veröffentlicht werden und für alle Menschen zugänglich gemacht werden. Die Homepage der Bezirke ist als barrierefreier Internetauftritt zu gestalten.

Zu einer echten kommunalen Selbstverwaltung gehört eine ausreichende Finanzierung. Bisher ist der Bezirkstag durch Umlagen der Landkreise und kreisfreien Städte finanziert. Da die finanzielle Ausstattung der Kommunen beschränkt ist, ist die Festlegung der Umlage stets ein halsbrecherischer Politakt. Die Finanzierung des Bezirkstages erfolgt nach „Kassenlage“, was ausgesprochen negative Auswirkungen hat. DIE LINKE tritt für eine direkte, den Aufgaben entsprechende Finanzierung ein. Es fehlt immer noch ein Bundesleistungsgesetz, dass Bund und Land je zu einem Drittel an den Sozialkosten beteiligt. Dies muss vehement eingefordert werden.

Der massenhafte Anstieg von Billiglöhnen, Leiharbeit, Minijobs und Arbeitslosigkeit sorgt dafür, dass die Menschen kaum etwas in die Kassen einzahlen können. All diese Menschen werden im Alter arm und auf Sozialhilfe oder Grundsicherung angewiesen sein. Die Kommunen können diese Last, zusammen mit den noch zu erwartenden Finanzeinbußen im Zuge der Krise, nicht alleine bewältigen. Wir wehren uns dagegen, dass die Kommunen und die Bezirke mit den Folgen der von der Bundesregierung forcierten Armutspolitik im Regen stehen gelassen werden.

DIE LINKE ist angetreten, gegen die bestehende Politik der sozialen Grausamkeiten Widerstand auf allen politischen Ebenen zu leisten. Kämpfen Sie gemeinsam mit uns für ein soziales, lebenswertes Bayern!

DIE LINKE.

Ich mache aktiv im Wahlkampf mit!

Ja, ich möchte im Bundestagswahlkampf aktiv werden und meine Ideen, mein Engagement und mein Wissen einbringen. Bitte haltet mich über die weiteren Pläne auf dem Laufenden und informiert mich über konkrete Wahlkampfaktivitäten!

Name, Vorname _____ Geburtsdatum _____

PLZ, Ort _____ Straße, Nr. _____

Telefon _____ E-Mail-Adresse _____

Ich bin Mitglied der LINKEN ☐ Ja ☐ Nein ☐ Ich möchte Mitglied werden

_____

Ich bin Mitglied in folgender/folgendem Verband, Gewerkschaft, Verein, Initiative und möchte dort für DIE LINKE werben. (mehrere Angaben möglich)

Im Wahlkampf möchte ich ... (mehrfaches Ankreuzen möglich)

☐ bei Infoständen mitmachen.
☐ beim Plakate aufhängen helfen.
☐ Veranstaltungen mit vorbereiten.
☐ Material in Briefkästen verteilen.
☐ Flugblätter/Zeitungen verteilen.
☐ durch eine Spende unterstützen.

☐ Folgendes machen: _____

Zum Zeitungen/Material verteilen in meinem Umfeld, bestelle ich

☐ 100 Stück ☐ 200 Stück ☐ 500 Stück ☐ mehr_____

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

_____

Ort, Datum, Unterschrift

Das Formular bitte ausgefüllt und unterschrieben per Post an DIE LINKE, Wahlquartier, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Kennwort **»Linksaktiv 2013«** oder per Fax an 030/24 00 94 80 senden. Rückfragen per E-Mail über linksaktiv2013@die-linke.de oder telefonisch unter 030/24 00 91 11. **www.linksaktiv2013.de**

DIE LINKE wirkt – im Bezirk

- Für gut ausgebildete und fair bezahlte Pflegekräfte
- Gegen die Privatisierung von Kliniken
- Für eine wirksame Inklusion
- Für eine Liberalisierung der Drogenpolitik
- Für die Unterstützung von antifaschistischem Engagement

Am 15. September:
Mit Erst- und Zweitstimme
DIE LINKE wählen!

www.die-linke-bayern.de